A 1 Universitätsbibliothek

Nebraer Anzeiger

Amtliches Blatt des Magistrats, der Polizeiverwaltung und des Amtsgerichts der Stadt Nebra

Erscheint wöchentlich dreimal: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend mit den illustrierten Wochenbeilagen: „Das Leben im Bild" und „Das Leben im Wort"

Bezugspreis für einen Monat: Bei der Geschäftsstelle 1.— RM — Durch die Post bezogen 1.10 RM.

Schriftleitung: Wilh. Sauer in Roßleben.
Druck, Verlag und Briefadresse: Sauersche Buchdruckerei, Roßleben.
Geschäftsstelle in Nebra: Frau Kaufmann Meitz, Markt 34/35.
Fernsprecher: Amt Roßleben Nr. 221. — Postscheckkonto: Leipzig Nr. 22832

Anzeigen kosten: die 43 mm breite Millimeterzeile 6 Pf., die 90 mm breite Millimeterzeile im Reklameteil 20 Pf. Anzeigenannahme an Drucktagen bis 12 Uhr mittags.

Bankkonten: Stadtsparkasse Nebra — Bankverein Artern.

№ 51 Donnerstag, den 28. April 1932. 45. Jahrgang

Der Beschluß des Preußenkabinetts

Landtagseinberufung zum 24. Mai. — Erst dann Rücktritt des Kabinetts Braun.

Nach dem Beschluß des preußischen Kabinetts ist die Entscheidung darüber, was in Preußen werden soll, doch früher zu erwarten, als man ursprünglich annehmen konnte. Der Amtliche Preußische Pressedienst teilt hierüber folgendes mit:

Das preußische Staatsministerium hat auf Grund des Artikels 17 der preußischen Verfassung beschlossen, den neuen Landtag zum 24. Mai d. J. einzuberufen und ihm als verfassungsmäßige Folge aus dem Ausfall der Wahlen seinen Rücktritt in seiner Gesamtheit mitzuteilen. Bis zur Neuwahl des Ministerpräsidenten und der Uebernahme der Geschäfte durch eine neue Regierung ist das Staatsministerium auf Grund des Artikels 59 der Verfassung, verpflichtet, im Amte zu bleiben.

Die Gründe für die Entschlüsse der preußischen Staatsregierung werden amtlich wie folgt auseinandergesetzt:

„Eine frühere Einberufung des Landtages als zum 24. Mai ist abgesehen davon, daß die Legislaturperiode des alten Landtages noch bis zum 20. Mai läuft, aus technischen Gründen unmöglich. Auch eine Auflösung des jetzigen Landtages könnte den Termin nicht verfrühen, denn

der Landtag kann nicht eher zusammentreten, bis ein den Bestimmungen des Landeswahlgesetzes entsprechendes amtliches Wahlergebnis zusammen mit den Annahmeerklärungen der einzelnen gewählten Abgeordneten vorliegt.

Gemäß Paragraphen 35 des Landeswahlgesetzes verzögert sich die Feststellung des endgültigen Ergebnisses deshalb, weil die Erklärung der einzelnen Parteien abgewartet werden muß, welche ihrer Kandidaten der Landesliste zum Abgeordneten vorgeschlagen werden, denn während früher die Abgeordneten der Landesliste automatisch aufrückten, wenn ihre Vorgänger ihren Kreiswahlvorschlag angenommen hatten, ist jetzt unter Außerachtlassung der Reihenfolge

die Bestimmung der Abgeordneten aus der Landesliste den Entscheidungen der Parteien vorbehalten.

Der Landeswahlleiter muß deshalb erst eine achttägige Entscheidungsfrist der Parteien abwarten, ehe er an die einzelnen Abgeordneten mit der Frage herantritt, ob sie die Wahl auf der Landesliste annehmen. Endlich kann der Landtag weder unmittelbar vor noch mittelbar nach Pfingsten, das auf den 15. und 16. Mai fällt, einberufen werden.

Der Standpunkt des Preußenkabinetts

In Kreisen der gegenwärtigen preußischen Staatsregierung beurteilt man im übrigen die neue Lage so, daß sich im neuen Landtag höchstwahrscheinlich keine arbeitsfähige Mehrheit finden werde. Sollte aber keine Mehrheitskoalition und demzufolge auch nicht eine Mehrheit für einen neuen Ministerpräsidenten gefunden werden, so würde das Kabinett Braun, das vorher dem neuen Landtagspräsidenten seinen Rücktritt erklärt haben würde, als geschäftsführendes Ministerium im Amte bleiben. Eine Koalitionsbereitschaft des Zentrums mit den Nationalsozialisten bezweifelt man mit dem Hinweis auf Hessen. Ein geschäftsführendes Ministerium auch in Preußen würde, so meint man, durchaus nichts Neues darstellen, da Bayern und Sachsen und seit dem vorigen Jahre auch Hessen gleichfalls durch geschäftsführende Ministerien verwaltet worden seien bzw. verwaltet werden. Gesetze von irgendeiner Bedeutung würden allerdings vermutlich im Landtag keinerlei Mehrheit finden.

„Die NSDAP. ist bereit"

In der Oeffentlichkeit wird natürlich die Frage der Regierungsumbildung in Preußen ausgiebig erörtert. Eine wirkliche Regierungsmöglichkeit wäre nur für eine Rechtsregierung einschließlich des Zentrums vorhanden. Ob eine derartige Koalition vom Zentrum bis zu den Nationalsozialisten zustande kommen wird, wird sich in den nächsten Wochen zeigen. Nach parlamentarischem Brauch hat die größte Fraktion das Recht auf die Führung, wenn sie sich eine Mehrheit schaffen kann. Die Initiative liegt also zunächst bei den Nationalsozialisten. Die Haltung der NSDAP. wird durch folgende Erklärung ihres Fraktionsführers im Landtag, des Abgeordneten Kube, präzisiert:

„Wir sind bereit, in Preußen die Regierung zu übernehmen und mit jedem zusammenzuarbeiten, der ein nationales, von sozialistischem Gerechtigkeitssinn erfülltes und von kräftigem Geist veredeltes Preußen will. Wir weisen niemanden zurück, der bereit ist, mit uns zusammen an den Aufbau des Staates heranzugehen. Wir beanspruchen für uns auf Grund des Art. 2 der preußischen Verfassung, wonach Träger der Staatsgewalt die Gesamtheit des Volkes ist, die Führung bei dieser Aufgabe. Von der bisherigen Regierung verlangen wir, daß sie sich dem Urteil des Volkes beugt und sofort ihren Platz räumt."

Adolf Hitler selbst hat anläßlich der Wahlen eine Dankkundgebung an seine Parteimitglieder erlassen, in der es heißt: „Unsere Aufgabe ist es nun, keine Stunde zu ruhen, sondern den Kampf für die Erhebung und Befreiung Deutschlands sofort wiederaufzunehmen und weiterzuführen."

Was macht das Zentrum?

Ueber die Haltung des Zentrums, das die Schlüsselstellung bei der Regierungsbildung hat, liegen mehrere parteioffiziöse Erklärungen vor. So erklärt der Generalsekretär der Zentrumspartei, Abgeordneter Dr. Bockel: „Der grundsätzliche Standpunkt des Zentrums ist bekannt: Es ist bemüht, die verfassungsmäßige Ordnung zu sichern. Es wird bei den anderen Parteien liegen, zu überlegen, was sie tun wollen, ob sie weiter agitieren oder sich in eine Front der sachlichen Arbeit einordnen wollen." Und in einer Erklärung des Vorstands der preußischen Zentrumspartei wird von der Zentrumspartei gesagt:

„Sie ist bereit, mit allen Parteien zusammenzuarbeiten, die auf der Grundlage der Verfassung dem Wohle des gesamten Volkes zu dienen entschlossen sind. Sie tritt in voller Uebereinstimmung mit der Reichspartei für eine Politik ein, die dem deutschen Volke innere und äußere Freiheit, Zukunftsentwicklung und Wettgeltung sichert. Die Zentrumsfraktion wird sich auch fürderhin mit aller Kraft Bestrebungen widersetzen, die Staat und Verwaltung einer einseitigen Parteidiktatur ausliefern wollen und damit Ruhe und Ordnung und eine förderliche Reichspolitik gefährden würden."

Reichsregierung und Länderwahlen

In Kreisen der Reichsregierung hält man sich mit dem Urteil über das Wahlergebnis in Preußen und in den übrigen Ländern, in denen die Landtage neugewählt wurden, naturgemäß zurück. Es wird, so erklärt man, Sache der neuen Fraktionen selbst sein, ob sie geschlossene Mehrheiten für die Länderregierungen zustande bringen werden oder nicht. Soweit die bisherigen Koalitionen in Frage kommen — also unter Ausschluß der Nationalsozialisten und der KPD. — wären allerdings Mehrheitsbildungen irgendwelcher Art weder in Preußen noch in Bayern noch in Württemberg zu erkennen. Die Verhältnisse liegen dort heute so wie nach den letzten Landeswahlen in Hessen. In unterrichteten Kreisen verzeichnet man jedoch die Tatsache, daß die Verhältnisse in den genannten großen Ländern nunmehr ziemlich übereinstimmend sind, und daß es Sache der sogenannten nationalen Opposition sei, sich nunmehr positiv auf die Möglichkeit von Koalitionen mit dem Zentrum bezw. der Bayerischen Volkspartei einzustellen, da nur solche Koalitionen, wenn überhaupt, auf längere Zeit tragfähige Mehrheiten verbürgen könnten. Im anderen Falle würde der Zustand eintreten, daß in keinem größeren Lande eine verfassungsmäßig vorgesehene Mehrheitsregierung zustande käme, die Länderparlamente sich selbst ausschalteten und auch der Reichstag auf absehbare Zeit keine parlamentarische Regierungsmehrheit zustande bringen würde. Neuwahlen im Reich würden in diesen Augenblick, an dem nunmehrigen Stand der Länderparlamente gemessen, wahrscheinlich keine anderen Verhältnisse schaffen.

Wahlen in Oesterreich

Gleichzeitig mit den deutschen Länderwahlen haben in drei österreichischen Bundesländern Wien, Niederösterreich und Salzburg Landtagswahlen stattgefunden. Den Sozialdemokraten fehlt in Wien ein Mandat an der Zweidrittelmehrheit. In Niederösterreich, wo die Christlich-Sozialen die Mehrheit innehatten, haben sie sie verloren. Bei den Gemeinderatswahlen in Kärnten und in Steiermark erlitten die Sozialdemokraten fast durchweg Verluste, zum kleineren Teil an die Kommunisten, zum weitaus größeren aber an die Nationalsozialisten. Besonders in Obersteiermark sind die Verluste der Sozialdemokraten groß. Wie von anderer Seite gemeldet wird, gewinnen die Nationalsozialisten in Kärnten rund 300 Gemeinderatsmandate.

Das Ergebnis in Preußen

Die Listenverteilung der Mandate zum Preußischen Landtag.

Berlin, 26. April.

Nach den Feststellungen des preußischen Landeswahlleiters sind 22 069 849 gültige Stimmen abgegeben worden. Die Wahlbeteiligung betrug 81 Prozent. Die Gesamtzahl der Abgeordneten im neuen Landtag beträgt 422. Von diesen sind in den Wahlkreisen direkt gewählt: 350; durch Verbindungen in den Wahlkreisverbänden: 31. Die Zahl der nach der Landeswahlliste gewählten Abgeordneten beträgt 41.

Im einzelnen ergibt sich folgende Uebersicht über die Zahl und Wahlart der Mandate:

1. Sozialdemokraten: direkt gewählt 82, in Wahlkreisverbänden 6, Landesliste 5, zusammen 93; 2. Deutschnationale: 19, 4, 8 = 31; 3. Zentrum: 55, 7, 5 = 67; 4. Kommunisten: 45, 7, 5 = 57; 5. Deutsche Volkspartei: 0, 4, 3 = 7; 6. Deutsche Staatspartei: 0, 1, 1 = 2; 7. Nationalsozialisten: 149, 0, 13 = 162; 8. Deutsch-Hannoversche Partei: 0, 1, 0 = 1; 9. Christlich-Sozialer Volksdienst: 0, 1, 1 = 2.

Alle übrigen Parteien — darunter die Wirtschaftspartei und das Landvolk — haben weder in einem Wahlkreis noch in einem Wahlkreisverband die erforderliche Stimmenzahl erreicht.

Noch keine Verhandlungen

Das Zentrum und die künftigen Koalitionsgespräche. — Initiative der Nationalsozialisten verlangt.

Wie von Zentrumsseite verlautet, ist vorläufig nicht damit zu rechnen, daß irgendwelche parteiamtlichen Verhandlungen zwischen der preußischen Zentrumsfraktion und den Nationalsozialisten beginnen werden.

Auch die Meldung über eine unverbindliche Fühlungnahme zwischen Angehörigen der Zentrumspartei und Nationalsozialisten wird als unrichtig bezeichnet.

In Zentrumskreisen ist man der Ansicht, daß vor der Rückkehr des Reichskanzlers aus Genf überhaupt keine Verhandlungen aufgenommen werden können. Erst nach einer eingehenden Aussprache der maßgeblichen Zentrumsführer mit dem Reichskanzler werde sich klären, was für eine Haltung die Partei künftig einnehmen werde. Hierbei wird jedoch betont, daß die letzte Entscheidung selbstverständlich bei der Zentrumsfraktion des neuen Preußischen Landtages — nach dessen Zusammentritt — liegen werde.

Was die Zentrumsfraktion dann beschließen werde, stehe dahin. Auch legt man Wert auf die Feststellung, daß nach Ansicht des Zentrums die Initiative zu irgendwelchen Verhandlungen von nationalsozialistischer Seite ausgehen muß. Es genüge nicht, wenn von nationalsozialistischer Seite erklärt werde, daß man zu Verhandlungen bereit sei.

Ueber die Aussichten etwaiger Verhandlungen zwischen den Nationalsozialisten und dem Zentrum ließe sich nichts sagen. Das Zentrum habe bereits erklärt, daß es mit jeder Partei zusammenarbeiten wolle, die sich auf den Boden der Verfassung stelle. Im übrigen ist man beim Zentrum der Ansicht, daß selbstverständlich bei allen Entschlüssen in Preußen weitgehend Rücksicht auf die Verhältnisse im Reich zu nehmen sein werde. Wann der für Mai geplante Parteitag des Zentrums zusammentreten wird, ist noch ungewiß. Eine Entscheidung hierüber dürfte erst nach Abschluß der Besprechungen des Kanzlers fallen.

*

Bayerischer Landtag Ende Mai

München, 27 April.

Der bayerische Landeswahlleiter hat die Liste der Mitglieder des neugewählten Bayerischen Landtages ausgegeben. Aus ihr ergibt sich, daß alle führenden Parlamentarier der Bayerischen Volkspartei — vor allem Ministerpräsident Dr. Held — sowie der Sozialdemokraten und der Nationalsozialisten wiedergewählt sind. Dagegen hat der Bauernbund seinen langjährigen Fraktionsführer Städele verloren, und von den Deutschnationalen ist der neue Parteiführer Professor Dr. Lent unterlegen. Es wird nun das Verfahren zur amtlichen endgültigen Feststellung des Wahlergebnisses durch den Landeswahlausschuß eingeleitet werden, und 17 Tage nach der endgültigen amtlichen Bekanntgabe des Wahlergebnisses, also voraussichtlich Ende Mai, wird der neugewählte Landtag zusammentreten.

Schwierige Regierungsbildung in Württemberg

Stuttgart, 27 April.

Nach dem Ergebnis der württembergischen Landtagswahlen ist eine feste Mehrheit für die bisherige Regierung nach dem Wahlausfall nicht mehr gegeben. Die bisherigen Regierungsparteien Zentrum, Bauernbund, Deutsch-demokratische Partei würden nur 30 Stimmen von insgesamt 80 aufbringen. Rechnet man dazu noch die drei Stimmen des Christlichen Volksdienstes, so würde sich eine Stimmenzahl von 33 ergeben, der 23 Stimmen der Nationalsozialisten, 3 Stimmen der Deutschnationalen und 7 Kommunistenstimmen, zusammen ebenfalls 33 Stimmen, gegenüberstehen, wobei die Sozialdemokratie mit 14 Stimmen den Ausschlag geben würde. Auch eine rein bürgerliche Regierung ist nicht möglich, weil die Sozialdemokraten, die Kommunisten und die Nationalsozialisten zusammen 44 Stimmen gegen 36 bürgerlichen Stimmen besäßen.

Die Liste der Gewählten

Berlin, 26. April.

Der neuen Landtagsfraktion der Deutschnationalen Volkspartei in Preußen gehören u. a. folgende Abgeordnete an: von Gersdorff, Präses Koch, Könnecke, Martin; die Stahlhelmführer von Morozowicz und Stadtler; Frau Dr. Spohr; der Arbeiterführer Rüffer; von Waldthausen, von Jitzewitz und Dr. von Winterfeld, der Führer der alten Fraktion.

Die Staatspartei ist im neuen Preußenhaus durch den jetzigen Handelsminister Dr. Schreiber und den Chefredakteur Nuschke vertreten.

Der sozialdemokratischen Fraktion gehören an: der jetzige Ministerpräsident Braun, die Staatsminister Severing, Grzesinski und Grimme, der letzte Präsident des alten Landtags, Wittmaack, Hörsing, Heilmann, Leinert und Brandes.

Vom Zentrum kehren die bisherigen Staatsminister Schmidt, Hirtsiefer und Steiger zurück. Neu in den Landtag tritt der Führer der katholischen Jugend in Berlin, Puchowski. Gewählt wurden ferner Dr. Lauscher, Otte, Dr. Linneborn, Frau Wronka.

Von den Nationalsozialisten tritt jetzt der Berliner Gauleiter Dr. Goebbels neu in den Landtag ein, ebenso der Führer der früheren Berliner SA., Graf Helldorf. Wei-

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61216334219320428-11/fragment/page=0001

tere bekannte Mitglieder der neuen nationalsozialistischen Fraktion sind General Litzmann, Freißler, Löpelmann, Wagner, und der bisherige Führer der NSDAP. im alten Preußenhaus, Kube.

NSDAP. übernimmt Regierung

Besprechungen mit Deutschnationalen und Volkspartei.

Dessau. Der Leiter des Gaues Magdeburg-Anhalt der NSDAP. hat an Adolf Hitler folgendes Telegramm gerichtet: „Rote Mehrheit erstmalig gebrochen. Stärkste Partei Anhalts. Übernehmen Regierung mit Bürgerlichen. Den Führer des erwachenden Deutschlands grüßt in Treue Gau Anhalt. (gez.) Loeper."

Die Regierungsbildung in Anhalt ist von den Nationalsozialisten am Tage nach der Wahl bereits in Angriff genommen worden. Der Führer der NSDAP. in Anhalt, Hauptmann a. D. Loeper, hat die Deutsche Volkspartei und die Deutschnationale Volkspartei zu einer Besprechung über die Regierungsbildung eingeladen.

Hindenburgs zweite Amtsperiode

Wie verlautet, soll die zweite Amtsperiode des Reichspräsidenten von Hindenburg in einer feierlichen Weise eingeleitet werden. Die Reichsregierung wird einen Flaggenschmuck anordnen, und die Länderregierungen werden das gleiche tun. Es ist weiter in Aussicht genommen, daß ein Gottesdienst im Dom stattfinden wird, an dem der Reichspräsident von Hindenburg teilnehmen wird. Die Reichswehr wird ihrem Oberbefehlshaber aus Anlaß seiner zweiten Amtsperiode militärische Ehren erweisen, außerdem dürfte ein Empfang der Reichsregierung und des Reichstagspräsidiums stattfinden.

Die Frage der Eidesleistung wird dadurch geklärt sein, daß der Reichspräsident von Hindenburg als Staatsoberhaupt selbst der Auffassung ist, daß aus ethischen und religiösen Gründen ihn der einmal geleistete Eid für immer bindet. Der Reichspräsident hat in seiner Kundgebung aus Anlaß der Wahl auf den von ihm geleisteten Eid bereits hingewiesen. Auch wenn der Artikel 42 der Weimarer Verfassung, der die Eidesfrage regelt, der amerikanischen Verfassung nachgebildet worden ist, so braucht man sich keinesfalls hier sklavisch an dieses Vorbild zu halten. In den Vereinigten Staaten ist es allerdings die Regel, daß der wiedergewählte Präsident aufs neue den Eid leistet.

Reichstag am 9. Mai

Kurze Tagung vor Pfingsten.

Berlin, 27. April

Der Aeltestenrat des Reichstags hat im Einverständnis mit der Reichsregierung beschlossen, den Reichstag zum 9. Mai einzuberufen. Die Tagung wird nur von kurzer Dauer sein und wahrscheinlich nur drei Tage umfassen. Die Reichsregierung ist bereit, dem Reichstag den Etat zu diesem Zeitpunkt zuzuleiten, obwohl er dann noch nicht vom Reichsrat beraten worden ist. In der kurzen Maitagung soll auch eine neue Kreditermächtigung erledigt werden, die durch die Verlängerung des Ueberbrückungskredits von 1930 erforderlich wird.

Die Beratungen im Reichstag

Berlin, 27. April.

Auf der Tagesordnung der Reichstagssitzung am 9. Mai steht die Beratung des von der Regierung vorgelegten Schuldentilgungsgesetzes, durch das die Kreuger-Anleihe verlängert werden soll. In Verbindung damit wird eine politische Aussprache stattfinden, die auch als erste Lesung des Reichshaushaltsplanes für 1932 anzusehen ist. Als Grundlage dafür wird der bis dahin fertiggestellte und dem Reichstag zugeleitete Haushaltsentwurf dienen, obwohl der Reichsrat diesen Entwurf bis dahin noch nicht verabschiedet haben dürfte. Ferner sollen in der Aussprache die Anträge der Parteien mitberaten werden. Die Nationalsozialisten bereiten unter Hinweis auf den Ausfall der Länderwahlen einen Antrag auf Auflösung und Neuwahl des Reichstags vor. Die Kommunisten werden eine Interpellation einbringen, die sich mit dem Fall Kreuger beschäftigt. In der Reichstagstagung, die zunächst nur vier Tage dauern wird, wird auch ein Gesetz über die Abfindung ausscheidender weiblicher Beamter beraten werden. Nach der am 12. Mai eintretenden Pfingstpause wird der Reichstag voraussichtlich erst in der letzten Mai- oder ersten Juniwoche wieder zusammentreten.

Deutsche Tagesschau

Die Reichstagsfraktion der Wirtschaftspartei

wird am kommenden Donnerstag als erste der Reichstagsparteien zusammentreten, um zu dem Wahlergebnis in Preußen und der dadurch geschaffenen parlamentarischen und politischen Lage Stellung zu nehmen.

Das Wahlprüfungsgericht beim Reichstag

ist für Dienstag, den 3. Mai, einberufen worden, um über die Gültigkeit der beiden Wahlgänge zur Reichspräsidentenwahl zu entscheiden. Es liegen auch diesmal wieder zahlreiche Beschwerden aus den verschiedensten Wahlkreisen vor, doch dürften diese Bemängelungen nirgends dazu ausreichen, das Wahlergebnis in nennenswertem Maße zu ändern oder gar örtliche Wiederholungen der Wahl notwendig zu machen. Das Wahlprüfungsgericht wird höchstwahrscheinlich schon in dieser einen Sitzung beide Wahlgänge für gültig erklären können.

Maifeier-Demonstrationsverbot in Berlin aufgehoben.

Anläßlich der Feier des 1. Mai, der diesmal auf einen Sonntag fällt, veranstalten die Berliner Sozialdemokraten in Gemeinschaft mit den Gewerkschaften und die Kommunisten öffentliche Demonstrationen im Lustgarten. Dieser ist dafür von der Polizei freigegeben worden. Das Demonstrationsverbot für Straßenumzüge bleibt bestehen.

Reichstagsabgeordneter Dr. Ley aus der Haft entlassen.

Wie die Kölner Justizpressestelle mitteilt, findet das Schnellverfahren gegen den Reichstagsabgeordneten Dr. Ley und Genossen am Mittwoch nicht statt, da der Reichstagsabgeordnete Wels, auf den als Zeugen nicht verzichtet werden könne und der sich wieder in Berlin befinde, nicht reisefähig sei. Die Strafkammer des Kölner Landgerichts hat auf Haftbeschwerde die Haftbefehle gegen Dr. Ley und Fuchs mangels Fluchtverdachts und Verdunkelungsgefahr aufgehoben.

Auslands-Rundschau

Radikale Sparmaßnahmen in Polen?

An der Konferenz beim polnischen Staatspräsidenten hat Pilsudski zur allgemeinen Ueberraschung nicht teilgenommen. Ueber den Ausgang der Konferenz wird tiefstes Stillschweigen bewahrt. Es unterliegt wohl keinem Zweifel, daß vor allen Dingen finanzielle und wirtschaftliche Sorgen den Hauptgegenstand der Beratungen gebildet haben. Die gegenwärtige Lage der Staatsfinanzen bei dem dauernden Rückgang der Staatseinnahmen und den vergeblichen Bemühungen, eine französische Anleihe zu erhalten, erheischt gebieterisch neue und weitgehende Sparmaßnahmen. So besteht im Zusammenhang mit der Konferenz in politischen Kreisen die Meinung, daß neue Abstriche und Einsparungen am Staatshaushalt in einer Höhe von rund 500 Millionen Zloty geplant werden. Diesmal soll, wie verlautet, auch der Heereshaushalt nicht verschont bleiben.

Kleine politische Meldungen

Stahlhelmkundgebung in Hannover. Der Stahlhelm veranstaltet am 7. Mai eine Mittelstandstagung für das ganze Reich, bei der der Bundesführer Franz Seldte sprechen wird.

Frühjahrstagung des Preußischen Landgemeindetages West. Vorstand und Hauptausschuß des Preußischen Landgemeindetages West treten am 3. und 4. Mai dieses Jahres zu einer Sitzung in Köln zusammen.

Rußland kauft Torpedobootszerstörer in Italien? Die türkische Regierung soll aus finanziellen Gründen auf die Abnahme zweier Torpedobootszerstörer verzichtet haben, die in Italien auf türkische Rechnung gebaut werden. Die beiden Zerstörer sollen bereits von der sowjetrussischen Regierung angekauft worden sein.

Aus der Umgegend

Nebra, 27. April.

— **Gewerbliche Fortbildungsschule.** Eine für kaufmännische und Bürolehrlinge sowie für deren Arbeitgeber wichtige Bekanntmachung wird in der heutigen Nummer des Anzeigers veröffentlicht. Die Beteiligten sind an dieser Stelle noch besonders darauf aufmerksam gemacht.

— **Neue Sonntagsrückfahrkarten.** Mit Gültigkeit vom 1. Mai d. Js. ab werden zu den bereits vorhandenen Sonntagsrückfahrkarten nach Bad Frankenhausen, Freyburg, Halle, Leipzig und Naumburg neue Sonntagsrückfahrkarten nach Bad Kösen, Erfurt, Laucha und Roßleben eingeführt. Außerdem liegen auf den genannten Bahnhöfen reichliche Anschlußkarten nach vielen Orten auf, sodaß jede Sonntagsfahrt größtenteils mit den verbilligten Sonntagsrückfahrkarten ausgeführt werden kann. Die Sonntagsrückfahrkarten gelten zur Hinfahrt von Sonnabend mittag 12 Uhr an. Die Rückreise muß am Montag 9 Uhr angetreten sein.

— **Bankverein Artern, Sprengerts, Büchner & Co.** Kommandit-Gesellschaft auf Aktien. Die diesjährige ordentliche Generalversammlung findet am 20. Mai d. Js. statt. Gegenüber einem Bruttogewinn von RM. 399 473, 85 (i. V. RM. 398 041,71) betragen die Geschäftsunkosten, Steuern, Abschreibungen auf Grundstücke und Inventar RM. 274926,09 (i. V. RM. 305 843,36), so daß ein Reingewinn von RM. 124 547,76 (i. V. RM. 92 198,35) verbleibt, der zu Abschreibungen auf Debitoren und Grundstücke Verwendung finden soll.

— **Verwaltungsgebühren für Bescheinigung auf Grund der Notverordnung.** Nach einem Runderlaß des MdJ. v. 12.4.31 veröffentlicht ein Min.-Blatt für die Preußische innere Verwaltung, ist für alle auszustellenden Bescheinigungen und über die Anmeldungen von Versammlungen und Umzügen oder Personenfahrten auf Lastwagen, sowie für Bescheinigungen darüber, daß ein Plakat oder Flugblatt gem. § 10 Abs. 2 Satz 1 der Notverordnung vom 28.3.31 der Polizeibehörde zur Kenntnisnahme vorgelegt worden ist, von den Polizeibehörden eine Verwaltungsgebühr von 2 RM. zu erheben.

Schweinezählung am 1. Juni.

Auf Anordnung des Reichsernährungsministers findet im Einvernehmen mit den Landesregierungen am 1. Juni die nächste Zählung der Schweine und der nicht beschaupflichtigen Hausschlachtungen an Schweinen in den vorhergehenden drei Monaten statt. Die schweinehaltenden Landwirte selbst haben das größte Interesse daran, daß die gestellten Fragen in richtiger und zuverlässiger Weise beantwortet werden. Dafür wird ihnen auf der anderen Seite die unbedingte Sicherheit gewährleistet, daß ihre statistischen Angaben geheimgehalten werden und keinesfalls zu steuerlichen Zwecken Verwendung finden.

Laucha. Vom Glockenmuseum. Ueber die innere Ausgestaltung des Museums wurde gestern Nachmittag an Ort und Stelle eine Besprechung abgehalten, denn es war nun an der Zeit, an den Innenausbau des entstehenden Museums zu denken. Augenblicklich gleicht das Innere des Hauses einem wüsten Schutthaufen. Die notwendigste Arbeit ist jetzt, das alte Gerümpel an Schutt und Ziegelsteinen aus dem Gebäude zu entfernen, um für die Baumaterialien und eintreffenden Museumgegenstände Platz zu schaffen. Noch in dieser Woche wird die Firma Gebr. Schilling mit den Instandsetzungsarbeiten des Schmelzofens und der Dammgrube beginnen. Der Charakter der alten Gießereiwerkstatt soll möglichst erhalten bleiben, um den späteren Besuchern des Museums nicht nur den Werdegang des Glockengusses zu zeigen, sondern ihnen auch eine Vorstellung geben zu können, wie es in einer wirklichen Glockengießerei ausgesehen hat.

Artern. In letzter Zeit wurden hier mehrere Fahrraddiebstähle ausgeführt. Jetzt konnten zwei jugendliche Leute, ein Schuhmacher und ein Schlosser, als die Diebe ermittelt werden. Drei der gestohlenen Räder hatten die Spitzbuben schon verkauft, diese konnten, nebst einem weiteren noch unverkauften den rechtmäßigen Besitzern wieder zugestellt werden. — Dieser Fall zeigt wieder, daß man beim Ankauf gebrauchter Räder, wenn die Herkunft nicht genau bekannt ist, vorsichtig sein muß, denn in Diebstahlsfällen hat der Käufer immer Schaden, weil er die Sachen ohne Rückzahlung des Kaufpreises herausgeben muß.

Burgwenden. Im Dienst schwer verunglückt ist am Freitag vormittag Herr Oberlandjäger Lathan-Kölleda. Beim Landwirt Kämmerer hier nahm er eine landwirtschaftliche Nachrevision vor und bestieg zu diesem Zweck den Boden einer Scheune. Die Decke gab infolge schlechter Beschaffenheit nach und Lathan stürzte herunter in den Kuhstall, wo er besinnungslos liegen blieb. Man brachte ihn zunächst in das Kinderheim, wo ihm der schnellstens herbeigerufene Geheimrat Dr. Kalkoff den ersten Verband anlegte. Lathan wurde alsdann nach Kölleda in seine Wohnung gebracht, wo er in bedenklichem Zustand darniederliegt.

Sömmerda. In Sömmerda ist eine Ausstellung von Segelflugzeugen unter dem Protektorat des Bürgermeisters Manig eröffnet worden. Die Schau wird vom Verein für Luftfahrt in Sömmerda durchgeführt. Die zur Besichtigung freigegebenen Modelle sind Kopien von Do X, D 200, Zeppelin und von vielen anderen Maschinen.

Großörner. (Mansf. Gebirgskr.) Durch einen unglücklichen Zufall kam der 14jährige Schüler G. von hier ums Leben. Er war von seiner Mutter auf den Stallboden geschickt worden. Als er nicht zurückkehrte, sah die Mutter nach und fand ihren Jungen in einer Seilschleife erhängt auf. Es handelt sich wahrscheinlich um einen Unglücksfall beim Spiel.

Roßla. Dieser Tage hat die Fischereigenossenschaft der mittleren Helme 30000 Stück Aalbrut in der Helme ausgesetzt.

Rothenschirmbach (Kr. Querfurt). Der Arbeiter Enzenberg, der mit dem Fahrrade in eine Nebenstraße einbiegen wollte, wurde von einem überholenden Motorradfahrer, der das Vorfahrtsrecht hatte, umgeworfen. Das Rad ging in Trümmer. Beide Fahrer blieben besinnungslos liegen. Bei E. wurde vom Arzt Schädel- und Rippenbruch festgestellt.

Eisleben. Zwischen Vertretern der Mansfeld A.-G. und den Vertretern der Gewerkschaften begannen heute in Eisleben Verhandlungen über die Neufestsetzung des von der Mansfeld A.-G. gekündigten Manteltarifs. Auch die Frage der Einführung des Krümpersystems bei der Mansfeld A.-G. wird weiter geprüft. Verhandlungen in dieser Angelegenheit zwischen den Betriebsvertretern der Mansfeld A.-G. und den Arbeitsämtern sind bereits im Gange.

Eisleben. Am Dienstag fanden in Eisleben Verhandlungen zwischen der Mansfeld A.-G. und den Gewerkschaften über den Manteltarifvertrag statt. Eine Einigung wurde nicht erzielt. Die Parteien wollen sich nunmehr an den zuständigen Schlichter wenden. Wie wir hören, beziehen sich die Verhandlungen und das bevorstehende Schlichtungsverfahren lediglich auf den Manteltarif, da die Lohnfrage zur Zeit nicht diskutiert wird.

Hettstedt. Die Reichspost hat, wie wir hören, von der Halberstadt-Blankenburger Kleinbahn die Linien der Kraftverkehr Mansfeld G. m. b. H. angekauft. Mit Beginn des Sommerfahrplans werden Wagenpark und Schuppen in die Verwaltung des Reichspostamts Hettstedt übergehen. Die von der Reichspost angekauften Linien waren für den im Kriege eingegangenen elektrischen Kleinbahnbetrieb eingestellt worden.

Hettstedt. Durch Frühzündung explodierte in der Frühschicht auf dem Bitzthum-Schacht eine Sprengladung, ehe sich die Schießmeister Paul A. aus Hettstedt und Heinrich M. aus Gerbstedt in Sicherheit bringen konnten. Sie wurden durch umherfliegende Gesteinsstücke verletzt und mußten ins Hettstedter Knappschaftskrankenhaus gebracht werden.

Wansleben. Auf der Braunkohlengrube am Etzdorfer Wege stürzte ein junger Bergarbeiter 40 Meter tief ab. Er wurde so schwer verletzt, daß er verstarb.

Wanzleben. In dem Dorf Sohlen wollten Magdeburger Kommunisten Wahlplakate abreißen. Der Amtsvorsteher, der zur Besonnenheit mahnte, wurde beschimpft und bedroht. Da gab ein Landjäger einen Schuß ab. Der hatte die Wirkung, daß die „kochende Volksseele" sich abkühlte und der dörfliche Friede wiederkehrte.

Halle. Der Landeseisenbahnrat Halle, der für den Bezirk der Reichsbahndirektion Halle neu eingerichtet worden ist, hält am 10. Mai seine erste Sitzung ab. Es werden Fragen des Verkehrs- und Beförderungsdienstes und des Fahrplans erörtert.

Halle. In Halle wurde ein 17jähriger Masseneinbrecher festgenommen, der aus etwa 25 Schrebergartenlauben in der Schrebergartenanlage „Paul Riebeckstift" größere Mengen Gebrauchsgegenstände gestohlen hat. Er hat die Lauben mit Nachschlüsseln und Dietrichen geöffnet und jedesmal auch wieder verschlossen. Ein großer Posten der gestohlenen Sachen konnte von der Polizei sichergestellt werden.

Weißenfels. Der vielfach vorbestrafte Schuhmacher Hermann Fischer aus Weißenfels hatte Anfang Februar eine Anzahl Fünfmarkstücke hergestellt. Bei der Ausgabe eines Falschstücks in einer Gastwirtschaft wurde er ertappt und zur Anzeige gebracht. Eine Haussuchung bei ihm förderte weitere Falschstücke und zur Falschmünzerei gebrauchtes Material zutage. Fischer wurde jetzt vom Erweiterten Schöffengericht unter Versagung mildernder Umstände zu zwei Jahren Zuchthaus, fünf Jahren Ehrenrechtsverlust und Stellung unter Polizeiaufsicht verurteilt.

Erfurt. Die Schuhfabrik M. & L. Heß hat Teilstillegung beantragt. Es handelt sich dabei um eine vorsorgliche Maßnahme, da in der Verwaltung angenommen wird, daß nach Pfingsten nicht mehr volle Beschäftigung verbürgt werden kann. Aus diesem Anlaß haben etwa 300 Schuhfabrikarbeiter die Kündigung zugestellt erhalten.

Zeitz. Der Tischler Kurt Stehfest aus Zeitz hatte in seinem Ehescheidungsprozeß eine Hausangestellte unter Heiratsversprechen dazu angestiftet, als Zeugin eine für ihn günstige, aber wahrheitswidrige Aussage zu machen. Die Hausangestellte wurde jetzt vom Naumburger Schwurgericht wegen Meineids zu der Mindeststrafe von viereinhalb Monaten Gefängnis verurteilt. Stehfest wurde mit einem Jahr Zuchthaus und dauernder Eidesunfähigkeit bestraft.

Bad Dürrenberg. In einer Besprechung der Landwirte von Bad Dürrenberg und Umgegend erstattete Landwirt Paul Beyer einen eingehenden Bericht über die geplante Verwertung der Leipziger Abwässer, wie sie in einem Vortrag der Landwirtschaftskammer zum Ausdruck kam. Durch ein neuzeitliches Berieselungsverfahren sollen die vorher geruchfrei gemachten Abwässer auf die Felder gebracht und so eine künstliche Düngung überflüssig gemacht werden. Die Pläne hierzu sind im großen und ganzen fertig. Nur die Finanzierungsfrage scheint noch ungelöst zu [illegible]. Die Versammlung war sich darüber einig, daß die [illegible]n nicht der Landwirtschaft zugemutet werden können. Verfahren würde auch eine Umstellung der gesamten Landwirtschaft notwendig machen, die für Dürrenberg nicht vorteilhaft sei. Sollte dennoch beabsichtigt werden, den Plan in der Form durchzuführen, so werde sich die Dürrenberger Landwirtschaft mit allen Kräften dagegen wehren.

Cönnewitz. Einen tragischen Ausgang nahm hier ein Kinderspiel. Bei einer Wendung wurde der siebenjährige Sohn eines Schießmeisters von einem geschleuderten Speer getroffen. Der Speer ging dem Kind durch den Mund, durchbohrte den Hals und trat dicht neben der Schlagader wieder heraus. Schwerverletzt wurde es sofort in einem Auto nach Falkenberg in ärztliche Behandlung gebracht.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61216334219320428-11/fragment/page=0002

Könnern. Die Einbruchsdiebstähle haben in Könnern in erschreckendem Maße zugenommen. Einem Landwirt sind jetzt wieder 20 Zentner Kartoffeln gestohlen worden. Der Bürgermeister teilt in einer Bekanntmachung mit, daß er sich nach reiflichem Überlegen entschlossen habe, „allen Einwohnern auf Antrag Maßnahmen zum Schutz ihres Eigentums zu gestatten".

Calbe. In der Bernburger Straße bot sich kürzlich ein merkwürdiges Schauspiel. Etwa 250 Wollhandtreiben bedeckten Bürgersteig und Fahrdamm der Stadt und bewegten sich in Marschkolonne die Straße entlang. Man nimmt an, daß die Tiere die Saale in der Gegend der Saalemauer verlassen haben.

Nordhausen. Im Nordhäuser Stadion kam ein Motorradfahrer in der Rennbahnkurve ins Schleudern. Die Maschine schlug um und schleifte den Fahrer noch einige Meter auf der rauhen Bahn mit. Außer Hautabschürfungen trug er eine ernstliche Beinverletzung davon. Ein Kotflügel des Motorrades soll sich während der Fahrt gelöst und das Unglück herbeigeführt haben.

Bleicherode. Grauenvoller Verkehrsunfall. — Einem Motorradfahrer, der auf der Straße nach Lipprechterode einen Fußgänger, den Bäckergesellen Helbing aus Nordhausen, überholen wollte, platzte am Hinterrad der Reifen. Das Motorrad kam ins Schleudern und riß Helbing um. Dem Bedauernswerten wurde ein Bein abgerissen, das andere mehrmals gebrochen. Er wurde sofort ins Bleicherader Krankenhaus übergeführt, wo er in Lebensgefahr schwebt.

Struth (Landkr. Mühlhausen). Im Unterdorf entstand aus noch nicht geklärter Ursache im Gehöft des Landwirts Schilling Feuer, das die Scheunen und einige Stallungen von sechs Gehöften einäscherte. Viele landwirtschaftliche Maschinen und Geräte sowie Düngemittel und Kartoffeln sind ebenfalls zerstört worden. Das Vieh konnte mit Ausnahme einer Anzahl Hühner gerettet werden.

Schönebeck-Bad Salzelmen. Eine neunzehnjährige Kassiererin aus Magdeburg wurde abends in der Nähe des Bahnhofs Schönebeck überfallen. Ein Mann entriß ihr eine Aktentasche, die die Tageseinnahme des Kinos in Höhe von 300 Mark enthielt. Der Räuber hatte dem Mädchen, das sich verzweifelt wehrte, die Tasche erst entreißen können, nachdem er es einige Meter über das Straßenpflaster geschleift und ihm die Kleider zerrissen hatte. Der Täter ist unerkannt entkommen.

Torgau. Die Stadt Torgau erhält für das Rechnungsjahr 1932/33 Polizeikostenzuschüsse in Höhe von 45 000 Mark, was gegenüber dem Vorjahr eine Erhöhung von 15 000 Mark bedeutet. Die Befürchtungen, daß der Zuschuß gekürzt werden würde, haben sich demnach nicht bestätigt.

Magdeburg. Zwei Berliner Schwerverbrecher sind am 21. April aus der neuen Brandenburger Strafanstalt in einem unbewachten Augenblick mit einem auf dem Strafanstaltshof stehenden Personenauto entflohen. Jetzt wurde das Auto im Herrenkrug von Spaziergängern entdeckt. Der Polizei war es bisher nicht möglich, eine Spur von den Verbrechern aufzufinden. Die Entflohenen sind der Autoschlosser Bohl, der wegen versuchten Mordes noch eine Zuchthausstrafe bis Oktober 1934 zu verbüßen hat, und der Pförtner Hermann Wilgerodt, der wegen Totschlags noch bis September 1933 im Zuchthaus zu bleiben hatte.

Wolmirstedt. Wilderer erschossen. — Zwei Förster der Gutsverwaltung Angern, die einige Wilderer beobachteten, wurden von diesen beschossen. Der Förster Leptihn erwiderte darauf das Feuer und traf den einen der Wilderer, den Müller Otto Schulze aus der Kaltemühle, in den Kopf. Schulze war sofort tot. Die Leiche wurde von der Staatsanwaltschaft beschlagnahmt.

Rötha b. Leipzig. Der 26jährige Uhrmacher Heinz Wassermann wollte die Familie seines 27 Jahre alten stellungslosen Bruders aus dem elterlichen Haus, in dem sie Unterkunft gefunden hatte, verdrängen. Die zwischen den beiden Männern seit langem bestehende Spannung entlud sich jetzt in einem Streit. Nach Angriffen auf den Vater und einem fehlgegangenen Schuß auf den Bruder schloß sich Heinz Wassermann in seinem Arbeitszimmer ein und brachte sich einen tödlichen Kopfschuß bei. Es heißt, Heinz Wassermann sei nervenkrank gewesen.

Der landwirtschaftliche Arbeitsmarkt.

Nach Mitteilung des Präsidenten des Landesarbeitsamts Mitteldeutschland in Erfurt werden am landwirtschaftlichen Arbeitsmarkt für die Provinz Sachsen und die Länder Thüringen und Anhalt 4823 Arbeitskräfte für die Landwirtschaft angeboten. Die Arbeitsuchenden setzen sich zusammen aus Feldarbeiterinnen, einzeln und in Kolonnen, Dienstmädchen, mit und ohne Melkkenntnissen, Burschen, einzeln u. in Kolonnen, Melkburschen u. Ehepaare. Gesucht werden für die Landwirtschaft 56 Dienstmädchen.

Vorbereitungen zum deutschen Sängerfest.

Halle. Der Gesamtvorstand des Sängerbundes an der Saale beschäftigte sich mit den vorbereitenden Arbeiten zum kommenden Sängerfest in Mainz. Das Deutsche Bundesfest in Frankfurt wird — entgegen der ursprünglichen Absicht — nun doch vier Tage dauern. Über 30 000 Anmeldungen liegen bereits vor. Die drei Bundeschormeister im Kreise 7 haben sich entschlossen, in Frankfurt ein Sonderkonzert zu veranstalten. Hieran werden sich beteiligen der Sängerbund an der Saale mit etwa 550 Sängern, der Elbe-Havel-Sängerbund mit 650, der Anhaltische Sängerbund mit 130 und die Provinzialliedertafel mit 25 Sängern. Vor dem Frankfurter Sängerfest soll in Halle eine Gesamtvorstandssitzung stattfinden, in der die Gauvorsitzenden die letzten Instruktionen erhalten sollen.

Unkenntnis schützt nicht vor Strafe!

Bisweilen werden auf Jagdrevieren, besonders beim Mähen, Rehkitzen gefunden. Dabei handelt es sich niemals um hilflose und dem Verhungern preisgegebene Tiere, wie fälschlicherweise vielfach angenommen wird. Die Ricke läßt gerade in den ersten Wochen nach der Setzzeit bei der Annäherung von Menschen das Kitz in der Wiese sitzen, da das Kleine ihr noch nicht schnell genug folgen kann. Wenn die Menschen sich entfernt haben, nimmt aber die Ricke das Kitz sofort wieder zu sich und bringt es in Sicherheit. Ebenso verfährt das Rotwild. Das Fangen von Kitzen bringt außerdem eine Bestrafung nach der Tier- und Pflanzenschutzverordnung oder wegen Jagdvergehens mit sich.

Börse und Handel

Berlin, den 26. April 1933.

Weiter befestigt

Die Tatsache, daß auch am Dienstag kein Verkaufsandrang vorlag, bildete für die Börse ein anregendes Moment. Auf verschiedenen Gebieten lagen kleine Meinungskäufe vor, so daß sich das Kursniveau etwas befestigen konnte. Die politische Situation wurde von der Börse wesentlich ruhiger beurteilt. Infolge der Enge der Märkte lösten schon kleine Kaufaufträge vielfach nennenswerte Kurssteigerungen aus. Bald konnte sich die Befestigung fortsetzen. Am Montanaktienmarkt waren besonders Gelsenkirchen wieder befestigt. Auch Harpener zogen um 1¾ an, ebenso stiegen Phönix von 16¾ auf 17¾. Von Kaliwerten waren Salzdetfurt 2 % befestigt. Dagegen waren Burbach im Verlauf mit 28 nach 32½ angeboten. Renten lagen ruhiger. Staatsanleihen waren gehalten, teils auch fester. Auch Obligationen waren befestigt. Mittelstahl gewannen 1, Mix & Geneft 2½. Landschaftliche Pfandbriefe bröckelten etwas ab. Hypothekenpfandbriefe und Kommunalobligationen waren gehalten, teilweise auch etwas freundlicher. Verkehrsanleihe verloren ½ %, Deutsche Kommunalablösungsanleihe ¼ %. Tagesgeld stellte sich auf 5¼. Der Privatdiskont blieb unverändert 5 %. Am Valutenmarkt bewirkte die bevorstehende Schaffung eines Devisenausgleichsfonds in England einen neuen Pfundsturz auf 3.64 gegen Kabel.

Dollar: 4,200 (Geld), 4,217 (Brief), engl. Pfund: 15,39 15,43, holl. Gulden: 170,63 170,97, Belga (Belgien): 58,97 59,09, ital. Lira: 21,63 21,67, dän. Krone: 84,52 84,68, norw. Krone: 76,77 76,93, franz. Franken: 16,58 16,62, tschech. Krone: 12,465 12,485, schweiz. Franken: 81,77 81,93, span. Peseta: 33,07 33,13, schwed. Krone: 76,47 76,63, österr. Schilling: 51,95 52,05.

Produktenmarkt. Das Geschäft hielt sich auch am Dienstag wieder in sehr engen Grenzen, dennoch war Weizen etwas fester. Roggen blieb weiterhin vernachlässigt. Im Zeithandel anfangs Mai und Juni etwas fester. Roggenmehl hatte unveränderte Kurse und war nur schwer unterzubringen. Der Umsatz für Weizenmehl war schleppend, die Forderungen folgen den Steigerungen am Körnermarkt und lagen etwa 25 Rpf. pro Sack höher. Hafer war nur in guter Ware unterzubringen. Gerste blieb weiterhin sehr ruhig.

Warenmarkt.

Mittagsbörse. (Amtlich.) Getreide und Oelsaaten per 1000 Kilo, sonst per 100 Kilo in Reichsmark ab Station: Weizen Märk. 267—269 (am 25. 4.: 265—267). Roggen Märk. 199 bis 201 (198—200). Braugerste 190—198 (190—198). Futter- und Industriegerste 170—180 (179—180). Hafer Märk. 161 bis 165 (162—167). Weizenmehl 32,25—36 (32,25—35,00). Roggenmehl 26—27,65 (26—27,65). Weizenkleie 11,75—12 (11,75—12). Roggenkleie 10—10,35 (10—10,35). Viktoriaerbsen 18—24 (18—24). Kleine Speiseerbsen 21—24 (21—24). Futtererbsen 15—17 (15—17). Peluschken 16,50—18,50 (16,50 bis 18,50). Ackerbohnen 15—17 (15—17). Wicken 16—18,50 (16—18,50). Lupinen blaue 10—11,75 (10—11,75), gelbe 14 bis 15,50 (14—15,50). Serradella neue 30—35,50 (30—35,50). Leinkuchen 10,80 (10,80). Erdnußkuchen 50 Prozent ab Hamburg 12,20 (12,20). Erdnußkuchenmehl ab Hamburg 12 (12). Trockenschnitzel 9,80 (9,40). Sojabohnenschrot 12—12,50 (12—12,50). Kartoffelflocken exkl. Sack ab Ablaadestation 17,30—17,75 (17,30 bis 17,75).

Winke für den Rübenbau.

Der Zuckerrübenbau wird zwangsläufig durch die Kontingentierung der Rübenanbaufläche zurückgedrängt, dagegen dürfte ein verstärkter Anbau der Futterrübe, der besseren Viehernährung und günstigen Fruchtfolge wegen stärker betont werden. Ein Durchhalten im Viehstall ist nur möglich, wenn in der eigenen Wirtschaft viel und gutes Wirtschaftsfutter gewonnen wird, wozu an erster Stelle die Futterrübe zählt. Die Zucker- und Futterrübe erzeugt die größte Menge Nährwerte und verlangt infolgedessen auch die größte Menge Nährstoffe. Stickstoff, Kalk und Phosphorsäure müssen in ausreichender Menge und leicht löslicher Form zur Verfügung stehen. Der Stallmist allein tut es nicht, das weiß heute jeder Landwirt. An Stickstoff ist es üblich je ha den Zuckerrüben 80 bis 100 kg, den Futterrüben 60 bis 90 kg reinen Stickstoff zu geben. Im zeitigen Frühjahr oder spätestens bei Herrichtung des Feldes ist die Hälfte der Stickstoffgabe als Kalkammonsalpeter oder Leunasalpeter zweckmäßig zu streuen. Die andere Hälfte der Stickstoffgabe verabreicht man als Kopfdünger in zwei Teilgaben jeweils vor dem Hacken in Form von salpeterhaltigen Düngemitteln wie Kalksalpeter bezw. Natronsalpeter oder auch Leuna-Montansalpeter. Die auszustreuende Menge der Gesamtstickstoffgabe ist von der Stallmistgabe und dem Bodenzustande sowie der vorhergegangenen Düngung abhängig. Die Beizung des Rübensamens ist aber ebenfalls notwendig. Nach langem Streit um die Zweckmäßigkeit der Rübensamenbeizung hat sich die Erkenntnis Bahn gebrochen, daß das Beizen der Zuckerrübensamen unter allen Umständen zweckmäßig ist. Diese Beizung dient der Verhütung von Auflaufertrankungen, in erster Linie des Wurzelbrandes. Schwierigkeiten in der Beizung bestanden in der Hauptsache darin, daß die Rückstandsmenge des Saatgutes schwer durchführbar ist. Erst durch die neue spezifisch wirksame Trockenbeize Ceresan ist die Rübenbeizung einen wesentlichen Schritt vorwärtsgekommen, und es ist heute jedem Landwirt zu empfehlen, das Präparat Ceresan in einer Aufwandmenge von 300 bis 400 Gramm je Ztr. anzuwenden. Besonders auch die Runkelrübensaat und die Steckrübensaat sollte nicht ungebeizt ausgesät werden.

Diplomlandwirt Behrend.

Nachträgliches zur Wahl.

Daß der Wahlkampf nicht überall fair ausgefochten worden ist, mag wohl mit zu dem außergewöhnlichen Wahlsieg der NSDAP. beigetragen haben. Besonders scharf ist der Kampf in einzelnen Orten des Eckartsbergaer Kreises gewesen, was aus einem im Kölledaer Anzeiger veröffentlichten Eingesandte hervorgeht. Es schreibt darin der Redner:

Seit dem Jahre 1926 bin ich als Redner der NSDAP. tätig. In all den Jahren, in denen ich — zusammengefaßt — wohl in tausenden von Versammlungen in allen Teilen des deutschen Vaterlandes gesprochen habe, habe ich trotz Republikgesetz und trotz Notverordnungen noch keine einzige Strafe wegen Vergehen gegen diese erhalten. Daraus dürfte wohl hervorgehen, daß ich gewohnt bin, zwar scharf, aber doch sachlich und objektiv zu sprechen. Was ich am Montag hier in Kölleda erleben mußte, ist der Ausfluß der Willkür von Beamten, die in ihrem Haß gegen unsere Bewegung weder ihre Dienstvorschrift, noch die Immunität eines von 60 000 deutschen Wählern zu ihrem Vertreter gewählten Reichstagsabgeordneten achteten. Nach meiner rein sachlichen Kritik an den Uebergriffen verschiedener Polizeibeamten bei der Durchführung des SS.- und SA.-Verbotes erteilte mir der an der entgegengesetzten Seite des Saales postierte Oberlandjäger Döhlert eine Verwarnung. Er schob sich gleichzeitig mit seinen Beamten durch den Saal und postierte sich neben der Bühne auf. Eine weitere Viertelstunde konnte ich in der ruhigen und begeisterten Versammlung weitersprechen. Als ich dann sagte: „Ich werde mich auch nicht hindern lassen, dem Volke die Wahrheit zu sagen, wenn man 12 Polizeibeamte mit dem Gummiknüppel hinter mir aufstellen würde", da gab, ohne mir das Wort zu entziehen und ohne weitere Verwarnung Herr Döhlert seinen Beamten den Befehl, mich von der Bühne herunterzuholen. Mit wahrem Sadismus stürzte sich der Oberlandjäger Lathan auf und zerrte mich an den Beinen von der Bühne herunter. Ich fiel rückwärts, drei Notenständer der Kapelle fielen um, nachher zerrte mich Lathan am Jackett, daß zwei Knöpfe herausflogen; trotzdem ich keinerlei Widerstand leistete, holten sechs Beamte mit dem Gummiknüppel zum Schlage aus, während der Oberlandjäger Döhlert rief: „Wer hat Schlußketten zum Fesseln da?" Erst durch meinen Einspruch ließ er sich abhalten, mich nicht in Ketten zu legen. Ich sagte: „Sind Sie denn von allen guten Geistern verlassen" und zeigte Herrn Lathan, der mich noch immer krampfhaft festhielt, meinen Reichstagsausweis, worauf dieser antwortete: „Dieser Wisch geht uns gar nichts an!" Ich hatte mir durch diese Brutalität neben den ausgerissenen Knöpfen den rechten Fuß verstaucht und habe durch den Aufschlag an den Bühnenrand heute starke Kreuzschmerzen; außerdem wurde durch den Aufschlag meine Armbanduhr zertrümmert. Nachdem ich die überfüllte Versammlung noch aufgefordert hatte, ruhig auseinander zu gehen, begab ich mich in die zweite Versammlung in den Postsaal, der ebenfalls überfüllt war. Als ich dort etwa 15 Min. gesprochen hatte, kam der Oberlandjägermeister mit seinen Beamten und verbot mir ebenfalls weiterzusprechen und zwar wieder ohne jeden Grund. Mein Pg. Stöwe-Halle sprach dann für mich weiter. Auch diese Versammlung war vollständig friedlich und ließ sich auch bei dem Erscheinen des von Herrn Döhlert herbeigerufenen verstärkten Ueberfallkommandos nicht aus der Ruhe bringen. Als die Versammlung geschlossen war, forderte ich die Leute auf, ruhig und besonnen nach Hause zu gehen. Da rief Herr Döhlert seinen Beamten wieder zu: „Marsch, holt den Burschen herunter". Diesmal wurde der Befehl nicht ausgeführt, weil ich mit meiner Mahnung schon zu Ende war. Ich habe mich über die Brutalität der Beamten, insbesondere der Herren Döhlert und Lathan, Dienstag morgen persönlich beim Herrn Landrat beschwert. Eine weitere Beschwerde geht sowohl an den Innenminister von Preußen, an den Reichsinnenminister, sowie an den Reichs- und Landtag.

Wolfersdörfer, M. d. R.

Spiel und Sport.

Deutsches Turn- und Sportabzeichen.

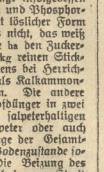
Am Sonnabend, den 30. April, nachmittags 5 Uhr, findet im Park der Klosterschule Roßleben eine Prüfung der Gruppen II—IV statt. Bewerber und Bewerberinnen, sowie auch solche für das Reichs-Jugendsportabzeichen wollen sich zur angesetzten Zeit im Klosterpark einfinden.

Frühlings-Walten.

Wenn im Lenz die innern Triebe
Schwellend ihre Knospen brechen,
Sind es Quellen ew'ger Liebe
Die geheimen Tun entsprechen,
Die geheimes Walten künden
In der schaffenden Natur,
Auf den Bergen in den Gründen,
Auf geheimnisvoller Spur!
Aus den Knospen springen auf
Blüt um Blüte, Blatt um Blatt,
Sonne spendet Küsse drauf,
Tau und Regen macht sie satt!
Und die Blüte hütet schwanger
Sehnet sich nach neuer Frucht,
Bis von Wiese, Wald und Anger
Bien und Falter sie besucht.
Kelche schließen wonnetrunken
Sich vom süßen Stelldichein —
Zündend durch der Liebe Funken
Wächst heran das junge Sein,
Das zu Keimen neues Leben
Immer wieder unentwegt —
In der Schöpfung Vorwärtsstreben
Ewiges Entfalten trägt!

Wilmar Bahn.

247 Rezepte....
Viele praktische Winke gratis!
Für jede Hausfrau das Sanella Kochbuch



Über alle deutschen Sender:
Jeden Freitag vormittag
Sanne und Ella
plaudern im Radio

Sanella
MARGARINE

111 SN 49-90

SCHREIBEN SIE AN: MARGARINE-VERKAUFS-UNION, ABT. KOCHBUCH, BERLIN C2, BURGSTR. 24

Neues aus aller Welt

350-Jahr-Feier der Universität Würzburg. In diesem Jahre blickt die Julius-Maximilians-Universität in Würzburg auf dreieinhalb Jahrhunderte ihres Bestehens zurück. Am 11., 12. und 13. Mai soll in einer schlichten Feier der Gründung der Universität gedacht werden. Bis jetzt haben sich bereits sämtliche Rektoren der Universitäten Deutschlands, solche aus Oesterreich, aus den Niederlanden, aus England und Spanien sowie den Vereinigten Staaten angesagt. Die bayerische Staatsregierung und viele hervorragende Wissenschaftler werden gleichfalls an der Feier teilnehmen.

Tabakschmugglerbande festgenommen. Vier Tabakschmuggler wurden im Wandsbeker Bahnhof verhaftet, als sie gerade im Begriff waren, die geschmuggelten Waren von einem Lastkraftwagen, mit dem sie aus Holland gekommen waren, auf einen anderen Wagen umzuladen. Drei Zentner Tabak wurden beschlagnahmt. Die Verhafteten wurden der Staatsanwaltschaft Altona übergeben. Die Aufdeckung des Schmuggels und die Festnahme der Täter erfolgte durch Beamte der Zollfahndungsstelle Kiel. Dieser war bekannt geworden, daß in Wandsbek des öfteren geschmuggelter Tabak nach Hamburg umgeladen worden. Einem Beamten der Fahndungsstelle, der sich als angeblicher Tabakaufkäufer längere Zeit im deutsch-holländischen Grenzgebiet aufhielt, war es gelungen, mit der Schmugglergruppe in Verbindung zu treten. Er gewann ihr Vertrauen und machte auch Schmuggelfahrten nach Holland mit, bis er genügend Beweismaterial in der Hand hatte, um einzuschreiten. Den Verhafteten konnte nachgewiesen werden, daß sie allein im Laufe der letzten sechs Tage 23 Zentner Tabak aus Holland eingeschmuggelt hätten. Nach Helfershelfern wird noch gefahndet.

Ein Jahr Gefängnis wegen versuchten Totschlags. Vor dem Dresdener Schwurgericht fand die Verhandlung über den Vorfall statt, der sich am 16. November v. J. auf dem Dresdener Arbeitsamt zugetragen hatte, und bei dem der Abteilungsleiter Josef Friedrich den Direktor des Arbeitsamtes Dr. Nerschmann durch Dolchstiche schwer verletzt hatte. Friedrich wurde wegen versuchten Totschlags und Vergehens gegen das Waffengesetz zu einem Jahr Gefängnis verurteilt. Die Untersuchungshaft kommt in Anrechnung. Bewährungsfrist wurde abgelehnt.

Dem Manne in den Tod gefolgt. Eine bedauernswerte Tragödie spielte sich im Krankenhaus von Mülhhausen im Elsaß ab. Der Stadtrat und zweite Bürgermeister von Mülhhausen, Stehlin, war nach einer schweren Nierenoperation gestorben. Frau Stehlin besuchte das Krankenhaus und schoß sich aus Gram über den Tod ihres Gatten am Totenbett eine Kugel ins Herz.

Politische Zusammenstöße in Albanien. Zwischen Freischärlern und Gendarmen fanden in Albanien Kämpfe statt. Die Unruhen haben von dem Dorfe Suchodol ihren Ausgang genommen. Das Dorf ist zum Teil eingeäschert worden. Die Gendarmen haben 15 Tote und Verwundete zu verzeichnen. Die Verluste der Freischärler sind unbekannt. Die Gendarmen und auch die Freischärler wurden von politisierenden Offizieren geführt.

Im Windmühlenflugzeug von London nach Kapstadt. Infolge eines Schadens an der Brennstoffleitung sah sich der englische Flieger Young, der in London mit einem Windmühlenflugzeug zu einem Fluge nach Kapstadt aufgestiegen war, gezwungen, in der Nähe von Amiens (Frankreich) notzulanden. Die Landung ging glatt vonstatten.

Lichtspieltheater durch Großfeuer zerstört. Eines der schönsten und neuesten Lichtspieltheater von Manchester, das „Capitol", wurde durch ein ungeheures Feuer vollständig vernichtet. Es stehen nur noch die vier Mauern und die Eingangstore. Der Schaden beträgt etwa eine Million Reichsmark.

Straßenraub am hellichten Tage. Ein unglaublich frecher Raubüberfall wurde in Portsmouth (England) am hellichten Tage in einer der belebtesten Hauptstraßen der Stadt ausgeführt. Die Räuber überholten in einem offenen Kraftwagen einen Bankbeamten, der in einer Mappe 23 000 Pfund (etwa 345 000 RM) bei sich trug, und rissen ihm die Mappe im Vorüberfahren aus der Hand. Der den Bankbeamten begleitende Türhüter des Bankhauses sprang auf den fahrenden Wagen, wurde jedoch von den Räubern mit einem Schraubenschlüssel niedergeschlagen. Der Polizei ist es bisher nicht gelungen, den Räubern auf die Spur zu kommen.

Die französischen Rekordflieger in Kapstadt aufgestiegen. Goulette und Salel, die beiden französischen Flieger, die mit drei Tagen 18 Stunden eine neue Höchstleistung auf der Strecke Paris—Kapstadt aufstellten, werden versuchen, auch den Rückflug in Rekordzeit zurückzulegen.

Furchtbare Kesselexplosion. Bei einer Dampfkesselexplosion in der Kunstseidefabrik Snia Viscosa von Pavia wurden zahlreiche Arbeiter verschüttet. Ins Krankenhaus wurden bisher zwei Schwerverletzte eingeliefert, jedoch befürchtet man, daß die Zahl der Verschütteten sehr groß ist. Von dem gewaltigen Luftdruck wurden in weitem Umkreis der Fabrik die Scheiben zertrümmert. Der Betrieb muß für einige Zeit eingestellt werden.

Die Tätigkeit der Anden-Vulkane nimmt erneut zu. Die Tätigkeit der Anden-Vulkane, die seit dem letzten großen Aschenregen zunächst nachgelassen hatte, nimmt erneut stark zu.

Mord und Selbstmord

Tragödie eines jungen Brautpaares.

Berlin, 27. April.

Im Grunewald bei Berlin wurde die Leiche eines Mädchens und eines jungen Mannes gefunden. Die beiden lagen zwischen Pausbsorn und Hundekehle in einem kleinen Auto. Das Mädchen, welches noch schwache Lebenszeichen von sich gab, starb kurz darauf in einem Sanatorium. Aus Briefen geht hervor, daß es sich um den 25jährigen Richard Rath und die 18jährige Hanna Böhl handelt, die wegen Liebeskummer gemeinsam in den Tod zu gehen beschlossen hatten.

Die beiden jungen Leute hatten sich vor zwei Jahren kennengelernt und sich einige Zeit später verlobt. Beide waren die verwöhnten Kinder aus begütertem Hause, einer Heirat stand nichts im Wege. Das Motiv zu dieser Tat ist daher völlig rätselhaft. In dem Auto fand man auch eine Sektflasche. Anscheinend hatten sich die beiden vorher Mut angetrunken.

Wirbelsturm in USA — 10 Tote

New York, 26. April.

Ein schwerer Wirbelsturm, der von außerordentlich starken Wolkenbrüchen begleitet war, richtete in den amerikanischen Bundesstaaten Arkansas, Tennessee, Kentucky und den benachbarten Gebieten großen Schaden an. Viele Telephon- und Telegraphenverbindungen sind unterbrochen. Nach den bisher vorliegenden Meldungen sind zehn Personen getötet worden. Die Zahl der Verletzten soll sehr hoch sein.

Vermischtes.

○ **Drei Kinder und zwanzig Katzen!** In einem oberitalienischen Städtchen sah sich dieser Tage die Ortsgendarmerie gezwungen, gegen eine Mutter einzuschreiten, die allerdings mehr Katzen- als Menschenmutter war. In einer dürftigen Holzbude hauste sie mit ihren drei kleinen Kindern und beherbergte gleichzeitig zwanzig junge und alte Katzen. Auf Anzeige von Nebenbewohnern schritt die Gendarmerie ein. Sie fand die Wohnung in einem total verwahrlosten und schmutzigen Zustande. Die Kinder waren am ganzen Körper mit Kratzwunden bedeckt, und auch die kleinen Gesichter waren völlig zerschrammt. Die Frau erhielt den Auftrag, neunzehn von den zwanzig Katzen sofort wegzuschaffen. Es wurde ihr eine Frist von 24 Stunden gesetzt. Nachdem erschienen abermals zwei Gendarme. Da die Frau hartnäckig darauf bestand ihre Katzen zu behalten, wurden sie von den Beamten getötet.

○ **Ein Straußenei, das zehn Personen zum Frühstück dient!** So etwas ist gewiß ein seltener Luxus! Der Besitzer einer Straußenfarm in Südafrika ladet jede Ostern neun Freunde ein und kocht ein Straußenei zum Frühstück. Einer der Besucher entwirft von diesem seltsamen Essen folgende Schilderung: Eine ganze Stunde lang wurde das Ei gekocht, und obgleich wir fürchteten, daß es noch nicht gut wäre, trieb uns die Neugierde dazu, die Schale zu öffnen. Ein hartgekochtes Ei von drei Pfund wurde auf die Schüssel gelegt. Das Eiweiß hatte eine bläuliche Färbung, wie die eines Taubeneis, auch das Eigelb hatte eine etwas andere Färbung. Das Ei schmeckte etwa wie ein Taubenei war aber ohne besonders ausgesprochenen Geschmack. Da 28 Hühnereier diesem einen Ei an Gewicht gleichkommen, war es gut, daß der Wirt nur dies eine gekocht hatte.

○ **Ein guter Magen!** In London wurde eine Frau ins Krankenhaus geschafft, die an heftigen Magenbeschwerden litt, die sich schließlich zu schrecklichen Krämpfen gestalteten. Die Frau wurde operiert, wobei man in ihrem Magen 22 kleine Lockennadeln fand. Nach der Operation befragte man die Frau nach der Ursache, warum sich die Nadeln in ihrem Magen befänden. Es stellte sich heraus, daß sie diese immer verschluckte, um ihren Mann zu ärgern, wenn sie mit ihm Streit gehabt hatte.

○ **Eine Wette und ein Schuß!** In Kärnten hatten zwei Holzfäller eine Wette miteinander abgeschlossen. Der Verlierer sollte dem anderen drei Glas Bier und ebensoviele Schnäpse bezahlen. Er weigerte sich aber, dies zu tun und meinte, daß es nur eine Spaßwette gewesen sei. Der Gewinner trank nun das verabredete Quantum auf Kosten seines Kollegen, das dieser aber nicht bezahlen konnte. Im Wirtshaus entspann sich daraufhin ein heftiger Streit. Der Gewinner der Wette geriet in eine große Erregung, zog eine Pistole und feuerte auf seinen Kollegen einen Schuß ab, der die Halsschlagader traf. Der Schwerverletzte verstarb auf dem Wege ins Krankenhaus. Der eifrige Schütze stellte sich freiwillig der Polizei und gab an, von seiner namenlosen Erregung übermannt worden zu sein!

Geschäftliches.

Voller Begeisterung äußert sich Fräulein E. K. in B. über die von der Maggi-Gesellschaft erhaltenen Prämien: . . . „Ich habe schon viele Bestecke in meiner Aussteuer, doch Ihre Kaffeelöffel rechnen mit zu den schönsten" . . . Dies beweist, daß die als Prämien von der Maggi-Gesellschaft ausgesetzten Gegenstände, wie Löffel, Gabeln, Messer, Tischtücher usw. von bester Qualität sind und die Freude machen. Das fleißige Sammeln der Maggi-Gutscheine lohnt sich. Bei der täglichen Verwendung der verschiedenen Maggi-Erzeugnisse ist recht bald die nötige Anzahl Gutscheine beisammen.

Neue Bücher und Zeitschriften.

Küchenarbeit einst und heute — wie wenig Frauen kennen die Vorteile der heutigen zeit- und geldsparenden Küchenarbeit — wie wenig Hausfrauen führen die Erkenntnis, daß Erholung ebenso wichtig ist wie Arbeit, praktisch durch? In überaus anschaulicher Weise, mit vielen aufschlußreichen Bildern weist die wertvolle und nützliche neue Sondernummer der „Deutschen Frauen-Zeitung" mit dem Titel „Berufsfrau — Hausfrau — Mutter" darauf hin, wie eingehend sich jede Frau mit der Lösung dieser Fragen beschäftigen sollte. Ein großartiges Heft ist diese letzte Sondernummer, deren Wert nicht nur in ihrer Billigkeit (36 Pfg.) liegt, sondern in der ungemein zeitgemäßen Behandlung des Problems „Berufsfrau — Hausfrau — Mutter", zu dem Stellung zu nehmen allein schon die Schwierigkeiten unserer Wirtschaftslage zwingen. Dem Verlag Otto Beyer-Leipzig, dem Verlag für die Frau, bei dem, wie in allen Buchhandlungen, die Sondernummer erhältlich ist, gebührt durch die Herausgabe dieser 11. Sondernummer ein ganz besonderes Verdienst.

Betr. Erst- und Wiederimpfung für 1932.

Das diesjährige Impfgeschäft für die Stadt Nebra findet wie folgt statt:

a) Erstimpfung am Montag, dem 2. Mai 1932, vormittags 11 Uhr,

b) Wiederimpfung am Montag, dem 2. Mai 1932, vormittags 12 Uhr im neuen Schulgebäude.

Die Impfnachschau findet statt am Montag, dem 9. Mai 1932, vormittags 11 Uhr ebenfalls im neuen Schulgebäude.

Zur Impfung sind diejenigen Kinder verpflichtet, welche

a) im Jahre 1931 geboren sind, oder in früheren Jahren geboren, aber noch nicht oder ohne Erfolg geimpft sind,

b) sämtliche Schulkinder, die 1920 geboren sind, und diejenigen Schulkinder, die in früheren Jahren noch nicht oder ohne Erfolg geimpft worden sind.

Die Eltern, Pflegeeltern bezw. Vormünder der impfpflichtigen Kinder werden hiermit aufgefordert, die Kinder zu dem anberaumten Termin zur Impfung vorzustellen. Aus Häusern, in denen ansteckende Krankheiten wie Masern, Scharlach, Diphterie, Keuchhusten und Fleckityphus herrschen, dürfen Kinder zu dem anberaumten Impftermin nicht gebracht werden. Auch haben sich Erwachsene aus solchen Häusern vom öffentlichen Impftermine fernzuhalten.

Nebra, den 23. April 1932.

Der Bürgermeister als Ortspolizeibehörde. Grünberg.

Betr. die kaufmännischen und Bürolehrlinge.

Nach § 1 der Ortssatzung für die hiesige Berufsschule sind alle nicht mehr volksschulpflichtigen im Stadtbezirk Nebra beschäftigten oder wohnhaften männlichen Jugendlichen unter 18 Jahren zum Besuch der Berufsschule verpflichtet.

Der Magistrat hat beschlossen, in die Berufsschulpflicht auch die bisher davon befreiten Büro- und Kaufmannslehrlinge einzubeziehen. Dieselben haben an jedem Donnerstag von 1—7 Uhr, am Unterricht teilzunehmen, und zwar von 1—5 Handelskunde und kaufm. Rechnen, von 5—7 Uhr Staatsbürgerkunde und Buchführung.

Es wird darauf hingewiesen, daß die Arbeitgeber, ebenso die Erziehungsberechtigten der in Frage kommenden Jugendlichen gesetzlich verpflichtet sind, diese zu regelmäßigem und pünktlichem Schulbesuch anzuhalten und ihnen die dazu nötige Freizeit zu gewähren. Die hiernach zum Schulbesuch Verpflichteten haben sich heute um 13 Uhr in der Schule bei dem Berufsschulleiter Herrn Rektor Böttcher zu melden.

Im Falle der Zuwiderhandlung muß zwangsweise Zuführung und gegebenenfalls Bestrafung erfolgen.

Nebra, den 28. April 1932.

Der Magistrat. Grünberg.

Billig! Billig!

3 Lebensmittel-Tage

Donnerstag, Freitag und Sonnabend

Solange Vorrat reicht

Linsen, gut kochend Pfd. nur	18 ₰	Apfelsinen 10 Stück nur	45 ₰
Erbsen, gelb „	20 „	Apfelsinen, Vollblut	
Weiße Bohnen „	17 „	5 Stück „	45 „
Voll-Reis „	18 „	Zitronen 4 Stück „	20 „
Graupen „	22 „		
Bruch-Makkaroni Pfd. nur	38 „	Frühstücks-Kakao Pfd. „	68 „
Schnitt-Nudeln „	38 „	Schokoladenpulver „	90 „
Bücklinge, Donnerstag eintreffend Pfd. nur	30 „	Holländer-Kakao „	80 „
Sprotten Pfd.-Stiege „	45 „	Kunsthonig „	38 „
		Oelsardinen 3 Dosen „	85 „

Thams & Garfs

Nebra a. U. Breitestraße 21 Nebra a. U.

Drucksachen aller Art

fertigt an in sauberer, moderner Ausführung und liefert prompt, billig und gut

Buchdruckerei Wilh. Sauer, Roßleben.

Delikateß-**Gewürz-Gurken**
fein u. wundervoll im Geschmack
früher Pfd. 70 Pfg.
jetzt Pfd. 48 Pfg.
Thams & Garfs
Nebra, Breitestr. 21

Hobeldielen
trocken und sauber bearbeitet
in allen Längen am Lager.
Thüringer Holzwerke Roßleben Fernspr. 263.

Kantholz-Listen
Hobeldielen • Stabbretter
Schalbretter • Dachlatten
Tischlerbretter in Kiefer u. Fichte
Bayerische und Polnische Kiefer
Zaunsäulen u. -Latten
Thüringer Holzwerke, Roßleben
Gottschalk & Sauer
Fernruf 263 Am Bahnhof

12×
im Jahr je
50 Handarbeiten
Vorlagen modernster Muster aller Techniken (viel Wäsche) in
Beyers Monatsblatt für
Handarbeit und Wäsche
zu jedem Heft Schnittbogen, Arbeitsbogen, Abplättmuster, monatlich 1 Heft für 70 Pf.
Überall erhältlich oder vom
Verlag Otto Beyer
dem Verlag für die Frau
Leipzig C1 / Weststraße / Beyerhaus

Notverkauf!
la. Anzugstoff, blau, Wollkammgarn, m 6.90, 8.80.
Pfeffer und Salz, grau, 7.80, 10.80.
Erga, Gera 167.

Yarm. Matties-Heringe
kleine, prima volle
10 Stck. nur 45 Pfg.
Thams & Garfs
Nebra, Breitestr. 21

A 1 Universitätsbibliothek

Nebraer Anzeiger

Amtliches Blatt des Magistrats, der Polizeiverwaltung und des Amtsgerichts der Stadt Nebra

Erscheint wöchentlich dreimal: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend mit den illustrierten Wochenbeilagen: „Das Leben im Bild“ und „Das Leben im Wort“

Bezugspreis für einen Monat: Bei der Geschäftsstelle 1.— RM — Durch die Post bezogen 1.10 RM.

Schriftleitung: Wilh. Sauer in Roßleben.
Druck, Verlag und Briefadresse: Sauersche Buchdruckerei, Roßleben.
Geschäftsstelle in Nebra: Frau Kaufmann Meitz, Markt 34/35.
Fernsprecher: Amt Roßleben Nr. 221. — Postscheckkonto: Leipzig Nr. 22832

Anzeigen kosten: die 43 mm breite Millimeterzeile 6 Pf., die 90 mm breite Millimeterzeile im Reklameteil 20 Pf. Anzeigenannahme an Drucktagen bis 12 Uhr mittags.

Bankkonten:
Stadtsparkasse Nebra — Bankverein Artern.

№ 51 Donnerstag, den 28. April 1932. 45. Jahrgang

Der Beschluß des Preußenkabinetts

Landtagseinberufung zum 24. Mai. — Erst dann Rücktritt des Kabinetts Braun.

Nach dem Beschluß des preußischen Kabinetts ist die Entscheidung darüber, was in Preußen werden soll, doch früher zu erwarten, als man ursprünglich annehmen konnte. Der Amtliche Preußische Pressedienst teilt hierüber folgendes mit:

Das preußische Staatsministerium hat auf Grund des Artikels 17 der preußischen Verfassung beschlossen, den neuen Landtag zum 24. Mai d. J. einzuberufen und ihm als verfassungsmäßige Folge aus dem Ausfall der Wahlen seinen Rücktritt in seiner Gesamtheit mitzuteilen. Bis zur Neuwahl des Ministerpräsidenten und der Uebernahme der Geschäfte durch eine neue Regierung ist das Staatsministerium auf Grund des Artikels 59 der Verfassung, verpflichtet, im Amte zu bleiben.

Die Gründe für die Entschlüsse der preußischen Staatsregierung werden amtlich wie folgt auseinandergesetzt:

„Eine frühere Einberufung des Landtages als zum 24. Mai ist abgesehen davon, daß die Legislaturperiode des alten Landtages noch bis zum 20. Mai läuft, aus technischen Gründen unmöglich. Auch eine Auflösung des jetzigen Landtages könnte den Termin nicht verfrühen, denn

der Landtag kann nicht eher zusammentreten, bis ein den Bestimmungen des Landeswahlgesetzes entsprechendes amtliches Wahlergebnis zusammen mit den Annahmeerklärungen der einzelnen gewählten Abgeordneten vorliegt.

Gemäß Paragraphen 35 des Landeswahlgesetzes verzögert sich die Feststellung des endgültigen Ergebnisses deshalb, weil die Erklärung der einzelnen Parteien abgewartet werden muß, welche ihrer Kandidaten der Landesliste zum Abgeordneten vorgeschlagen werden, denn während früher die Abgeordneten der Landesliste automatisch aufrückten, wenn ihre Vorgänger ihren Kreiswahlvorschlag angenommen hatten, ist jetzt unter Außerachtlassung der Reihenfolge

die Bestimmung der Abgeordneten aus der Landesliste den Entscheidungen der Parteien vorbehalten.

Der Landeswahlleiter muß deshalb erst eine achttägige Entscheidungsfrist der Parteien abwarten, ehe er an die einzelnen Abgeordneten mit der Frage herantritt, ob sie die Wahl auf der Landesliste annehmen. Endlich kann der Landtag weder unmittelbar vor noch mittelbar nach Pfingsten, das auf den 15. und 16. Mai fällt, einberufen werden.

Der Standpunkt des Preußenkabinetts

In Kreisen der gegenwärtigen preußischen Staatsregierung beurteilt man im übrigen die neue Lage so, daß sich im neuen Landtag höchstwahrscheinlich keine arbeitsfähige Mehrheit finden werde. Sollte aber keine Mehrheitskoalition und demzufolge auch nicht eine Mehrheit für einen neuen Ministerpräsidenten gefunden werden, so würde das Kabinett Braun, das vorher dem neuen Landtagspräsidenten seinen Rücktritt erklärt haben würde, als geschäftsführendes Ministerium im Amte bleiben. Eine Koalitionsbereitschaft des Zentrums mit den Nationalsozialisten bezweifelt man mit dem Hinweis auf Hessen. Ein geschäftsführendes Ministerium auch in Preußen würde, so meint man, durchaus nichts Neues darstellen, da Bayern und Sachsen und seit dem vorigen Jahre auch Hessen gleichfalls durch geschäftsführende Ministerien verwaltet worden seien bzw. verwaltet werden. Gesetze von irgendeiner Bedeutung würden allerdings vermutlich im Landtag keinerlei Mehrheit finden.

„Die NSDAP. ist bereit“

In der Oeffentlichkeit wird natürlich die Frage der Regierungsumbildung in Preußen ausgiebig erörtert. Eine wirkliche Regierungsmöglichkeit wäre nur für eine Rechtsregierung einschließlich des Zentrums vorhanden. Ob eine derartige Koalition vom Zentrum bis zu den Nationalsozialisten zustande kommen wird, wird sich in den nächsten Wochen zeigen. Nach parlamentarischem Brauch hat die größte Fraktion das Recht auf die Führung, wenn sie sich eine Mehrheit schaffen kann. Die Initiative liegt also zunächst bei den Nationalsozialisten. Die Haltung der NSDAP. wird durch folgende Erklärung ihres Fraktionsführers im Landtag, des Abgeordneten Kube, präzisiert:

„Wir sind bereit, in Preußen die Regierung zu übernehmen und mit jedem zusammenzuarbeiten, der ein nationales, von sozialistischem Gerechtigkeitssinn erfülltes und von kräftigem Geist verediltes Preußen will. Wir weisen niemanden zurück, der bereit ist, mit uns zusammen an den Aufbau des Staates heranzugehen. Wir beanspruchen für uns auf Grund des Art. 2 der preußischen Verfassung, wonach Träger der Staatsgewalt die Gesamtheit des Volkes ist, die Führung bei dieser Aufgabe. Von der bisherigen Regierung verlangen wir, daß sie sich dem Urteil des Volkes beugt und sofort ihren Platz räumt.“

Adolf Hitler selbst hat anläßlich der Wahlen eine Dankkundgebung an seine Parteimitglieder erlassen, in der es heißt: „Unsere Aufgabe ist es nun, keine Stunde zu ruhen, sondern den Kampf für die Erhebung und Befreiung Deutschlands sofort wiederaufzunehmen und weiterzuführen.“

Was macht das Zentrum?

Ueber die Haltung des Zentrums, das die Schlüsselstellung bei der Regierungsbildung hat, liegen mehrere parteioffiziöse Erklärungen vor. So erklärt der Generalsekretär der Zentrumspartei, Abgeordneter Dr. Vockel: „Der grundsätzliche Standpunkt des Zentrums ist bekannt: Es ist bemüht, die verfassungsmäßige Ordnung zu sichern. Es wird bei den anderen Parteien liegen, zu überlegen, was sie tun wollen, ob sie weiter agitieren oder sich in eine Front der sachlichen Arbeit einordnen wollen.“ Und in einer Erklärung des Vorstands der preußischen Zentrumspartei wird von der Zentrumspartei gesagt:

„Sie ist bereit, mit allen Parteien zusammenzuarbeiten, die auf der Grundlage der Verfassung dem Wohle des gesamten Volkes zu dienen entschlossen sind. Sie tritt in voller Uebereinstimmung mit der Reichspartei für eine Politik ein, die dem deutschen Volke innere und äußere Freiheit, Zukunftsentwicklung und Weltgeltung hofft und sichert. Die Zentrumsfraktion wird sich auch fürderhin mit aller Kraft Bestrebungen widersetzen, die Staat und Verwaltung einer einseitigen Parteidiktatur ausliefern wollen und damit Ruhe und Ordnung und eine förderliche Reichspolitik gefährden würden.“

Reichsregierung und Länderwahlen

In Kreisen der Reichsregierung hält man sich mit dem Urteil über das Wahlergebnis in Preußen und in den übrigen Ländern, in denen die Landtage neugewählt wurden, naturgemäß zurück. Es wird, so erklärt man, Sache der neuen Fraktionen selbst sein, ob sie geschlossene Mehrheiten für die Länderregierungen zustande bringen werden oder nicht. Soweit die bisherigen Koalitionen in Frage kommen — also unter Ausschluß der Nationalsozialisten und der KPD. — wären allerdings Mehrheitsbildungen irgendwelcher Art weder in Preußen noch in Bayern noch in Württemberg zu erkennen. Die Verhältnisse liegen dort heute so wie nach den letzten Landeswahlen in Hessen. In unterrichteten Kreisen verzeichnet man jedoch die Tatsache, daß die Verhältnisse in den genannten großen Ländern nunmehr ziemlich übereinstimmend sind, und daß es Sache der sogenannten nationalen Opposition sei, sich nunmehr positiv auf die Möglichkeit von Koalitionen mit dem Zentrum bezw. der Bayerischen Volkspartei einzustellen, da nur solche Koalitionen, wenn überhaupt, auf längere Zeit tragfähige Mehrheiten verbürgen könnten. Im anderen Falle würde der Zustand eintreten, daß in keinem größeren Lande eine verfassungsmäßig vorgesehene Mehrheitsregierung zustande käme, die Länderparlamente sich selbst ausschalteten und auch der Reichstag auf absehbare Zeit keine parlamentarische Regierungsmehrheit zustande bringen würde. Neuwahlen im Reich würden in diesen Augenblick, an dem nunmehrigen Stand der Länderparlamente gemessen, wahrscheinlich keine anderen Verhältnisse schaffen.

Wahlen in Oesterreich

Gleichzeitig mit den deutschen Länderwahlen haben in drei österreichischen Bundesländern Wien, Niederösterreich und Salzburg Landtagswahlen stattgefunden. Den Sozialdemokraten fehlt in Wien ein Mandat an der Zweidrittelmehrheit. In Niederösterreich, wo die Christlich-Sozialen die Mehrheit innehatten, haben sie sie verloren. Bei den Gemeinderatswahlen in Kärnten und in Steiermark erlitten die Sozialdemokraten fast durchweg Verluste, zum kleineren Teil an die Kommunisten, zum weitaus größeren aber an die Nationalsozialisten. Besonders in Obersteiermark sind die Verluste der Sozialdemokraten groß. Wie von anderer Seite gemeldet wird, gewinnen die Nationalsozialisten in Kärnten rund 300 Gemeinderatsmandate.

Das Ergebnis in Preußen

Die Listenverteilung der Mandate zum Preußischen Landtag.

Berlin, 26. April.

Nach den Feststellungen des preußischen Landeswahlleiters sind 22 069 849 gültige Stimmen abgegeben worden. Die Wahlbeteiligung betrug 81 Prozent. Die Gesamtzahl der Abgeordneten im neuen Landtag beträgt 422. Von diesen sind in den Wahlkreisen direkt gewählt: 350; durch Verbindungen in den Wahlkreisverbänden: 31. Die Zahl der nach der Landeswahlliste gewählten Abgeordneten beträgt 41.

Im einzelnen ergibt sich folgende Uebersicht über die Zahl und Wahlart der Mandate:

1. Sozialdemokraten: direkt gewählt 82, in Wahlkreisverbänden 6, Landesliste 5, zusammen 93; 2. Deutschnationale: 19, 4, 8 = 31; 3. Zentrum: 55, 7, 5 = 67; 4. Kommunisten: 45, 7, 5 = 57; 5. Deutsche Volkspartei: 0, 4, 3 = 7; 6. Deutsche Staatspartei: 0, 1, 1 = 2; 7. Nationalsozialisten: 149, 0, 13 = 162; 8. Deutsch-Hannoversche Partei: 0, 1, 0 = 1; 9. Christlich-Sozialer Volksdienst: 0, 1, 1 = 2.

Alle übrigen Parteien — darunter die Wirtschaftspartei und das Landvolk — haben weder in einem Wahlkreis noch in einem Wahlkreisverband die erforderliche Stimmenzahl erreicht.

Noch keine Verhandlungen

Das Zentrum und die künftigen Koalitionsgespräche. — Initiative der Nationalsozialisten verlangt.

Wie von Zentrumsseite verlautet, ist vorläufig nicht damit zu rechnen, daß irgendwelche parteiamtlichen Verhandlungen zwischen der preußischen Zentrumsfraktion und den Nationalsozialisten beginnen werden.

Auch die Meldung über eine unverbindliche Fühlungnahme zwischen Angehörigen der Zentrumspartei und Nationalsozialisten wird als unrichtig bezeichnet.

In Zentrumskreisen ist man der Ansicht, daß vor der Rückkehr des Reichskanzlers aus Genf überhaupt keine Verhandlungen aufgenommen werden können. Erst nach einer eingehenden Aussprache der maßgeblichen Zentrumsführer mit dem Reichskanzler werde sich klären, was für eine Haltung die Partei künftig einnehmen werde. Hierbei wird jedoch betont, daß die letzte Entscheidung selbstverständlich bei der Zentrumsfraktion des neuen Preußischen Landtages — nach dessen Zusammentritt — liegen werde.

Was die Zentrumsfraktion dann beschließen werde, stehe dahin. Auch legt man Wert auf die Feststellung, daß nach Ansicht des Zentrums die Initiative zu irgendwelchen Verhandlungen von nationalsozialistischer Seite ausgehen muß. Es genüge nicht, wenn von nationalsozialistischer Seite erklärt werde, daß man zu Verhandlungen bereit sei.

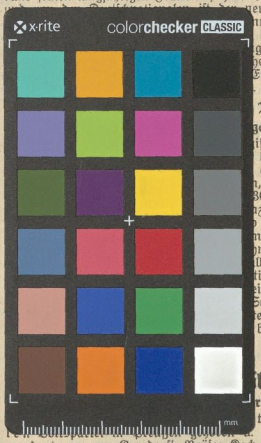
Ueber die Aussichten etwaiger Verhandlungen zwischen den Nationalsozialisten und dem Zentrum ließe sich nichts sagen. Das Zentrum habe bereits erklärt, daß es mit jeder Partei zusammenarbeiten wolle, die sich auf den Boden der Verfassung stelle. Im übrigen ist man beim Zentrum der Ansicht, daß selbstverständlich bei allen Entschlüssen in Preußen weitgehend Rücksicht auf die Verhältnisse im Reich zu nehmen sein werde. Wann der für Mai geplante Parteitag des Zentrums zusammentreten wird, ist noch ungewiß. Eine Entscheidung hierüber dürfte erst nach Abschluß der Besprechungen des Kanzlers fallen.

*

Bayerischer Landtag Ende Mai

München, 27 April.

Der bayerische Landeswahlleiter hat die Liste der Mitglieder des neugewählten Bayerischen Landtages ausgegeben. Aus ihr ergibt sich, daß alle führenden Parlamentarier der Bayerischen Volkspartei — vor allem Ministerpräsident Dr. Held — sowie der Sozialdemokraten und der Nationalsozialisten wiedergewählt sind. Dagegen hat der Bauernbund seinen langjährigen Fraktionsführer Städele verloren,



[illegible] um das Verfahren des Wahlergebnisses geleitet werden, [illegible] Bekanntgabe Ende Mai, wird

Württemberg

[illegible]gart, 27 April.

[illegible]ischen Landtagswahl bisherige Regierungsparteien [illegible] Bauernbund, [illegible]30 Stimmen von [illegible]zu noch die drei [illegible] würde sich eine [illegible]mmen der Nationalsozialisten und [illegible]lls 33 Stimmen, die mit 14 Stimmen eine rein bürgerliche [illegible]Sozialdemokraten, [illegible]en zusammen 44 [illegible] besäßen.

[illegible]hlten

[illegible]rsin, 26. April.

[illegible]tschnationalen [illegible] a. folgende Abgeordnete an: von Gersdorff, Präses Koch, Könnecke, Martin; die Stahlhelmführer von Morozowicz und Stadtler; Frau Dr. Spohr; der Arbeiterführer Rüffer; von Waldthausen, von Zitzewitz und Dr. von Winterfeld, der Führer der alten Fraktion.

Die Staatspartei ist im neuen Preußenhaus durch den jetzigen Handelsminister Dr. Schreiber und den Chefredakteur Nuschke vertreten.

Der sozialdemokratischen Fraktion gehören an: der jetzige Ministerpräsident Braun, die Staatsminister Severing, Grzesinski und Grimme, der letzte Präsident des alten Landtags, Wittmaack, Hörsing, Heilmann, Leinert und Brandes.

Vom Zentrum kehren die bisherigen Staatsminister Schmidt, Hirtsiefer und Steiger zurück. Neu in den Landtag tritt der Führer der katholischen Jugend in Berlin, Puchowski. Gewählt wurden ferner Dr. Lauscher, Otte, Dr. Linneborn, Frau Wronka.

Von den Nationalsozialisten tritt jetzt der Berliner Gauleiter Dr. Goebbels neu in den Landtag ein, ebenso der Führer der früheren Berliner SA., Graf Helldorf. Wei-

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61216334219320428-11/fragment/page=0005